

Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
Das Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal mit Gättengrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Rilsdorf, Langenberg, Meinsdorf, Falken, Reichenbach, Langenschürsdorf, Callenberg, Grumbach, Tirschheim, Ruchnappel, St. Egidien, Wilsenbrand, Grünna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Erlbach, Pleißen und Ruchdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamt vierteljährlich 6.75 Mk., monatlich 2.25 Mk., frei ins Haus vierteljährlich 7.65 Mk., monatlich 2.65 Mk. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 31. Briefe und Telegramme an das Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

Kernsprecher Nr. 11.
Bankkonto: Chemnitzer Bankverein, Chemnitz.
Postcheck-Konto: Leipzig 23464.

Der Anzeigenpreis beträgt in den obengenannten Orten für die sechsgehaltene Korpusgröße 40 Pfg., auswärts 50 Pfg., im Reklameteil 1.25 Pfg. Bei mehrmaligem Abdruck tarifmäßiger Nachschlag. Anzeigenaufgabe durch Kernsprecher schließt jedes Besondere aus. Bei zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelangt der volle Betrag unter Wegfall der bei sofortiger Bezahlung bewilligten Abzüge in Anrechnung.

Nr. 36

Freitag, 13. Februar 1920

70. Jahrg.

Die Abstimmung in Nord-schleswig.

Eine Dänenmehrheit in der ersten Zone.

Der große Tag, der die Entscheidung über das Schicksal der ersten Zone der Nordmark bringen soll, ist vorüber. Nahezu bis zur letzten Stunde vor der Wahl — so wird aus Flensburg vom 10. d. s. berichtet — hatten zahlreiche Sonderzüge und Dampfer stimmberedigte Nord-schleswiger aus Zweidrittelmehrheit gebracht, so daß die Wahlbeteiligung in Stadt und Land auf deutscher und dänischer Seite sehr groß war. Bei der Abstimmung in Nord-schleswig wurden abgegeben:

	deutsche Stimmen	dänische Stimmen
in Tondern Stadt	2503	751
im Landkreis Tondern	5388	4850
in Sonderburg Stadt	2601	2027
in Apenrade Stadt	2525	2124
in Hadersleben	3270	5201
und in Graevenstein	875	541

Aus Kiel wird als Gesamtergebnis gemeldet: Bisher waren in der ersten Zone der Nordmark für Deutschland 29 223 Stimmen, für Dänemark 71 486 Stimmen gezählt. Eine Anzahl von Landgemeinden steht noch aus.

Das Ergebnis der Volksabstimmung in der ersten Schleswiger Zone kommt insofern nicht überraschend, als mit einer dänischen Mehrheit in diesen Gebieten ohne weiteres zu rechnen war und auch deutscherseits gerechnet wurde. Wenn man das Stimmverhältnis betrachtet, so findet man, daß die Dänen es noch nicht einmal zu einer Zweidrittelmehrheit gebracht haben, obwohl sie wahrscheinlich vor den Deutschen ganz außerordentliche Vorteile besaßen. Zu einer Zeit, da Deutschland danielerlag, da mancher aus wirtschaftlichen Gründen sein deutsches Hergekommenes hat, unter der Wahlausicht einer Kommission, in der Deutschlands Feinde den entscheidenden Einfluß führten, fand diese Abstimmung statt. Trotz der dänischen Riesenpropaganda, die zum Teil mit den niederträchtigsten Mitteln arbeitete, ist durch die Abstimmung jedenfalls das Märchen, Nord-schleswig sei ein rein dänisches Land, gründlich zerstückt worden. Die von der Entente in Paris aufgestellte Wahlkreisgeometrie war darauf angelegt, möglichst viele deutsche Minderheiten durch die en-bloc-Abstimmung in der ersten Zone zu Dänemark herüberzureißen.

Ob diese Absicht zur Ausführung kommen wird, steht glücklicherweise noch nicht fest, da in der internationalen Kommission nur der französische Vertreter den Willen zur einseitigen und ungerechten Bevorzugung Dänemarks hat, während sich der englische, norwegische und schwedische Kommissar offenbar um eine aufrichtige Objektivität bemühen. Daß mit diesem Vorwurf gegen Frankreich nicht zu viel behauptet ist, geht aus der heftigen Tätigkeit des französischen Presseschefs für Schleswig, Professors Verrier, zur Genüge hervor. Und die Haltung der französischen Truppen der deutschen Bevölkerung gegenüber, die sich noch in den letzten Tagen durch Gewalttätigkeiten gegenüber einem deutschen Demonstrationzug entlud, läßt über die französischen Gesinnungen auch keinen Zweifel zu. Frankreich wird jedenfalls den Versuch machen, die ganze Zone, ohne irgendwelche Grenzberichtigung, den Dänen zuzusprechen und damit die Wünsche der dänischen Annexionsisten zu erfüllen. Durch die Bestimmungen des Friedensvertrages ist aber der internationalen Kommission die Möglichkeit gelassen, die Clauvinsche Linie auf Grund der Abstimmungsergebnisse und gewisser wirtschaftlicher Notwendigkeiten zu verbessern. Eine solche Verbesserung müßte aber die Stadt Tondern ohne weiteres an Deutschland zurückgeben; da nach dem Wahlausfall Tondern nahezu eine deutsche Vierfünftel-Mehrheit besitzt. Ueberhaupt haben die nord-schleswischen Städte mit Ausnahme von Hadersleben, dessen rein dänischer Charakter feststeht, deutsche Mehrheiten zu verzeichnen. Die Stadt Sonderburg werden wir wohl allerdings trotz ihrer deutschen Mehrheit den Dänen preis-

geben müssen, da man eine Insel von dem geringen Umfang Alsen aus praktischen Gründen unmöglich zwischen zwei Nationen aufteilen kann. Ob man wirklich die Stadt Apenrade durch Verhandlungen mit der Kommission fürs Deutsch-tum retten kann, ist sehr zweifelhaft, ja leider fast aussichtslos, da diese vorwiegend deutsche Stadt, übrigens die schönste in Nord-schleswig, schon ziemlich hoch im Norden, rings von rein dänischer Landbevölkerung umgeben liegt. Als die deutsche Mindestforderung für die Grenzregulierung wird aber das Gebiet mit den Städten Tondern und Hoyer gelten müssen, ebenso das Nordufer der Flensburger Förde. Mag auch auf der Halbinsel Broder, die der Flensburger Schiffsahrtsrinne schräg vorgelagert ist, das Dänentum sich mit dem Deutsch-tum ungefähr die Waage halten, hier muß die Lebensnotwendigkeit für die Stadt Flensburg maßgebend sein, da die Flensburger Industrie zum Teil hier angesiedelt ist und die dortigen Anlegeplätze für den Flensburger Hafenbetrieb unentbehrlich sind. Selbstverständlich gelten diese Forderungen nur unter der Voraussetzung, daß die Abstimmung in der zweiten Zone, die am 7. März stattfindet, eine deutsche Mehrheit ergibt und ohne Einschränkung bei Deutschland bleibt. Da in der zweiten Zone gemeindefreie abgestimmt wird, so könnten eventuell kleine dänische Mehrheiten in einzelnen Orten leider die deutschen Ansprüche in der ersten Zone in Frage stellen, denn in diesem Falle müßten wahrscheinlich für die kleinen dänischen Einzelmehrheiten in der zweiten Zone als Kompensation die deutschen Mehrheiten in der Gegend von Tondern den Dänen überlassen werden. Allerdings würden solche dänischen Mehrheiten in der zweiten Zone wohl nur dann möglich sein, wenn die sturpellose Wirtschaftsagitation der Dänen Deutsche abtrünnig macht.

Im dänischen Königreich herrscht heute natürlich ein Jubel. Der nationale Chauvinismus dieses kleinen Volkes schlägt jetzt in siegreichem Übermut schäumende Wogen und preißt dieselbe Entente in allen Tonarten, die Dänemark während des Krieges wie einen Brüllhaken behandelt hat. Das größte dänische Blatt, die demokratische „Politiken“ jubelt heute in ihrem Leitartikel, daß die Weltkatastrophe den großen Tag Dänemarks heraufzuführen. Es gehört allerdings ein gutes Stück Selbstüberhebung dazu, die furchtbaren Erschütterungen der letzten sechs Jahre nur unter dem Gesichtspunkt der Kopenhagener Votalspolitik zu betrachten. Aber noch häßlicher ist die elende Heuchelei, mit der das Blatt jetzt plötzlich die neuen deutscher „Brüder“ fördern will. Undenkbare für Dänemark die Anwendung jener Methoden, die Preußen in Nord-schleswig geübt habe. Dänemark wolle im Zeichen der Freiheit die schleswischen Lande aufnehmen. Die deutschen Schleswiger werden auf diesen phrasenhaften Schwundel aber hoffentlich nicht hereinfallen, sondern ihr Deutsch-tum in nationalen Kampforientationen weiterpflegen, denn sie wissen von ihren Vätern her gut genug, daß die dänische Periode Schleswigs von 1850 bis 1864 für das Deutsch-tum die Sklaverei bedeutete. Die Freundschaft und Entschlossenheit, mit der die Deutschen im äußersten Norden für ihre Nationalität eingetreten sind, läßt uns hoffen, daß diese Volksgenossen dem deutschen Stamm nicht verloren gehen werden.

Aus den besetzten Gebieten.

Reuter meldet aus Paris: Ueber eine Verstärkung der Besatzungsarmee in den Ab-stimmungsgebieten Ostdeutschlands sind Verhandlungen unter den Alliierten ausgenommen worden. Die Vermehrung der Besatzungstruppen steht in Verbindung mit unliebsamen Vorkommnissen in Oberschlesien.

Das Generalkommando des 6. Armeekorps teilt mit: Die Räumung der Zone 11 des Abstimmungsgebietes in Oberschlesien, Oppeln, wurde ohne Zwischenfälle vollzogen. Die militärische Räumung Oberschlesiens ist damit beendet.

Der Kempener „Drendownit“ veröffentlicht eine Verordnung, in der es heißt: Alle Wehrpflichtigen, die bisher dem preussischen Bezirkskommando unterstanden, sind von jetzt ab der Kontrolle der polnischen Militärbehörden unterstellt. Infolgedessen werden alle im Kreis-

Rempen wohnenden Männer der Jahrgänge 1891 bis 1901, auch Deutsche und Juden, wie besonders hervorgehoben wird, aufgefordert, sich bei den politischen Kontrollbehörden zu melden.

Aus Oppeln wird vom 11. Februar d. s. gemeldet: Heute vormittag 10½ Uhr erfolgte die Ankunft des französischen Generals Lerond, Chef der internationalen Verwaltungskommission für Oberschlesien. Von Seiten der Entente war ein großes militärisches Gepränge inszeniert worden. Zum Empfange hatten sich auf Anordnung der Präsidenten Billa und die Spitzen der Behörden, ebenso Vertreter der Stadt eingefunden. Zuerst wandte sich der französische General von den deutschen Herren ab, nahm dann aber die Ansprache des Oberpräsidenten Billa entgegen, der in würdiger Form feststellte, daß sich die Herren auf die Anordnung eingefunden hätte. Die Bevölkerung verhielt sich gleichgültig, und war nur erstaunt über das große militärische Aufgebot. Schon seit gestern ziehen dauernd französische Truppen unter gelenden Hörnerklängen durch die Stadt.

Die Abschürfung Ostpreußens.

Der vor 10 Tagen wegen der Verkehrsabschürfung Ostpreußens an die politische Regierung gerichtete Protest ist bis jetzt unbeantwortet geblieben. Dieser Tage geht eine technische Kommission nach Warchau, um mit den Polen über die Verkehrsangelegenheiten zu verhandeln. Die Verbindung mit Ostpreußen ist wieder stark beschränkt sowohl hinsichtlich des Personen- wie des Güterverkehrs. Ueber Schneidmühl besteht ein Verkehr nicht mehr.

Da die Strecke Danzig-Lauenburg — Stolp von den Polen besetzt ist, ist es fraglich, ob nicht auch dieser Verkehr vorübergehend gelähmt wird. Trotz mehrfachen Drängens ist es der preussischen Eisenbahnverwaltung noch nicht möglich gewesen, von der polnischen Verwaltung zureichende Auskünfte zu erhalten, welche Fahrverschriften an der neuen Grenze bestehen.

Der englische Oberkommissar in Danzig.

Am Mittwoch vormittag traf der Vertreter der verbündeten Regierungen in Danzig, Reginald Tower, von Paris kommend, dort ein. Oberbürgermeister Sahm ließ ihn namens der Stadt Danzig willkommen. Der Oberkommissar antwortete in deutscher Sprache und gab seiner großen Freude Ausdruck, im Auftrag der alliierten Mächte die Verwaltung der Stadt zu übernehmen. Er hob hervor, daß sein Amt nur dann den gewünschten Erfolg haben könne, wenn er auf die wohlwollende Unterstützung eines jeden Bürgers hoffen könne. Es unterliege keinem Zweifel, daß, solange das Volk in gemeinsamer Arbeit seine ganze Energie und Kraft allein dem friedlichen Ziele seiner wirtschaftlichen Entwicklung widme, die Zukunft einen neuen glänzenden Zeitabschnitt in der Geschichte Danzigs eröffnen werde.

Die erste Maßnahme Frankreichs gegen Deutschland.

Wie aus Paris amtlich gemeldet wird, hat Ministerpräsident Millerand gestern der deutschen Regierung eine Mitteilung hinsichtlich der Besetzung zugehen lassen.

Dem „Leipziger Tageblatt“ wird aus Paris gemeldet: „In der Bolschakerkonferenz wurde auf ständige „Echo“ gibt zu, daß die überreichte Liste Antrag Frankreichs beschlossen, die Besetzung der Rheinlande, die dem Friedensvertrag gemäß 15 Jahre dauern soll, auf unbestimmte Zeit auszuweihen, weil Deutschland seinen Kohlenlieferungs-pflichten gegenüber Frankreich nicht nachgekommen sei. Auf der Konferenz wurde die Auffassung ausgesprochen, daß man, falls Deutschland in der Auslieferungsfrage den Versailler Vertrag nicht erfüllen wolle, zu militärischen Zwangsmah-nahmen greifen müsse.“

Bei der deutschen Regierung ist, wie wir erfahren, eine solche Note noch nicht übergeben worden. Daß die Note mit der Auslieferungsfrage zusammenhängt, nimmt man in Berlin nicht an, da die deutsche Regierung eine Antwort auf das Auslieferungsverlangen noch nicht gegeben

hat und die Ententeantwort auf die deutsche Note vom 25. Januar noch abwartet. Soweit aus der Kammerrede Millerands bekannt geworden ist, war dieser Schritt als Repressalie wegen der nicht genügenden Kohlenlieferungen in Aussicht genommen.

Millerand zu Verhandlungen bereit.

Nach Pariser Meldungen nahm Millerand im Kammerauschuß für Auswärtiges Stellung zur Auslieferungsfrage. Er betonte das moralische Recht der Alliierten, Sühne für die deutschen Verbrechen ohne Ansehung der Person und des Standes des Beschuldigten zu verlangen. Man werde Verhandlungen mit Deutschland nicht ablehnen. Der Ministerpräsident sprach die Hoffnung aus, daß die Verhandlungen Deutschland davon überzeugen würden, daß die Prozesse gegen die Schuldigen unvermeidlich seien. Auf diese Prozesse konnten die Alliierten in keinem Falle verzichten. Die einseitigen Ausführungen des Ministerpräsidenten fanden keinen Widerspruch. Die Sozialisten zogen ihre Interpellation in der Auslieferungsfrage zurück.

Diese Stellungnahme Millerands bedeutet einen wesentlichen Fortschritt im Stande der ganzen Frage. Bisher lagen die Dinge so, daß von Frankreich direkte Verhandlungen mit Deutschland überhaupt abgelehnt wurden. Wenn schon Verhandlungen vorgenommen werden sollten, dann wollte das Herr Millerand diktieren. Trotz allem ist sachlich noch nichts, oder so gut wie gar nichts erreicht. Daß der eine oder der andere Name von der Liste gestrichen wird, hilft uns nicht, denn wir können keinen Deutschen, sei er wer er sei, einem fremden Richter ausliefern. Solange wir nicht durchsehen, daß uns das Beweismaterial für die Anklagen übergeben und die von der Entente behauptete Schuld vor einem deutschen Gerichtshofe untersucht wird, ist nichts gewonnen.

Daß es dazu kommen wird, ist nicht mehr ganz unwahrscheinlich.

Der Kampf um die Auslieferungsliste.

„Daily News“ melden aus Paris über die Ereignisse vor der Absendung der Auslieferungsliste nach Berlin, daß im Rat der Bolschaker ein zäher Kampf mit Bezug auf die Liste stattgefunden habe, welcher mit der Niederlage der kritischen Vertreter geendigt habe. Millerand habe den Rat der Bolschaker überzeugt, daß die Liste unverändert nach Berlin geschickt werden müßte. Er sagte, wenn man in dieser Frage nachgibt, so würden die Deutschen verlangen, daß der Vertrag auch in anderen Punkten abgeändert werde. Wenn der britische Standpunkt angenommen würde, so bedeutete dies, daß eine (Millerands) Erklärung in der Kammer, daß der Friedensvertrag, wie er unterzeichnet und ratifiziert sei, durchgeführt werden müsse, desavouiert würde.

Französische Presseäußerungen.

Die öffentliche Besprechung über die Auslieferungsfrage wird von Tag zu Tag ruhiger, ja scheidet immer mehr aus den Spalten der Zeitungen. Selbst Blätter, die zuerst die Anwendung strengster Maßregeln gegen Deutschland forderten, erkennen jetzt, daß man zu weit gegangen ist. Im „Journal“, das am vorigen Freitag als einziges Blatt in Frankreich die Zurückhaltung der Gefangenen empfohlen hatte, schreibt jetzt Saint Brice: Jede andere Nation hätte ebenso gehandelt wie Deutschland. Das nationalistische „Echo“ gibt zu, daß die überreichte Liste im „Deure“ beginnen schon die ersten Anträge gegen die Regierung wegen ihrer unüberlegten Handlungsweise, die die französische Politik in eine so schwere Lage gebracht habe. Das Blatt weist darauf hin, daß die Liste nicht von Marxshall Foch, sondern von dem Advokaten Tanace ausgearbeitet wurde. Auch fragt es, was der Name Bethmanns auf der Liste von Personen zu tun habe, die sich vor einem Kriegsgericht wegen Verbrechen gegen das Kriegsrecht verantworten sollen. Das Gefühl, daß sich die Entente mit ihrer unmöglichen Formulierung der Liste in dieser Verlegenheit sucht man nach Trost.

Verkauf von Sanitätsgut aus Heeresbeständen in Dresden.

Im Sanitäts-Sammelager, Dresden-N., Rosenstraße 65, gelangen am 12. und 13. Februar von 9-1 Uhr gegen sofortige Barzahlung zum Verkauf: ärztliche und zahnärztliche Bestände, medizinische Glaschalen, Pipetten usw., Desinfektionsapparate und Feldsterilisationsgeräte; in erster Linie an Ärzte, Krankenpfleger und Anstalten der Wohlthätigkeitspflege. Ein Verkauf anderer Gegenstände findet an diesen Tagen nicht statt. Verpackungsmaterial kann nicht gestellt werden. Zahlungen können in Kriegsanleihe erfolgen, wenn der Käufer den einwandfreien Nachweis der Selbstzeichnung durch Bescheinigung von der Bank erbringt.
Dresden, den 5. Februar 1920.
Reichsverwertungsamt, Landesstelle Sachsen.

Hausarbeitergesetz betreffend.

Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 27. Mai 1919 ist jeder Gewerbetreibende, Faktor, Zwischenmeister, Ausgeber usw., der Arbeit an Hausarbeiter (Heimarbeiter) ausübt, verpflichtet, gemäß § 13 des Hausarbeitergesetzes vom 20. Dezember 1911 ein Verzeichnis der bei ihm beschäftigten Hausarbeiter zu führen. Jeder Gewerbetreibende muß außerdem die für ihn tätigen Faktoren, Zwischenmeister, Ausgeber usw. in das Verzeichnis aufnehmen. Die Führung der Verzeichnisse hat nach vorgeschriebenen Mustern zu erfolgen, die im Rathaus - Zimmer 11/12 - eingesehen, aber auch von der Firma Alexander Bieder, Gemenitz, Theaterstraße 5 bezogen werden können.

Bis 14. Februar dieses Jahres hat jeder zur Führung eines solchen Verzeichnisses Verpflichtete eine Abschrift davon an die Polizeidirektion - Zimmer 11/12 - des Rathauses einzureichen. Formulare hierzu sind an gleicher Stelle erhältlich.

Unterlassung wird nach § 30 des Hausarbeitergesetzes bestraft.
Sohsenstein-Ernstthal, den 10. Februar 1920. Der Stadtrat.

Freitag, den 13. Februar 1920, Rindfleisch roh, 1 Pfund 2 Mk. Lebensmittelkarten-Nr. 251-340: 3-4, 341-440: 4-5, 441-529: 5-1/2, 6. Fleischmarken mitbringen.

Kakaopulver, jede Person 200 g 2,80 Mk. für Kinder bis 4 Jahre und Mütter. Lebensmittelkarte C und A. Nr. 1-400: Schneider, Altmarkt, 401-550, 2001-2200: Schrapf, Dresdner Str., 2201-2550: Bohne, Gemenitz Straße. Es ist abzuschneiden die Marke D von der roten, X von der grauen und Marke N 3 von der weißen Karte.

Zwieback, jede Person 1 Paket 65 Pfg. für Kinder bis 4 Jahre und Mütter. Lebensmittelkarte C und A. Nr. 1-225: Eifer, Dresdner Str., 226-550: Sange, Saganstr., und 2001-2550: Konsum-Verein. Es ist abzuschneiden die Marke E von der roten, XI von der grauen und Marke O 3 von der weißen Karte.

Lloyd George im Unterhaus.

Im englischen Unterhaus behandelte Lloyd George bei der Besprechung der Adresse auf die Thronrede in der Hauptsache Fragen innerer Art und wies darauf hin, daß das Budget für 1919-20 gütlich ausfallen werde. Er beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland, verteidigte die Politik der russischen Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könne, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Er befürchte keine militärische Invasion des Bolschewismus, weder im Westen noch im mittleren Osten. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode anzuwenden habe und auf zivilisierte Weise regiere, werde kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe gegenwärtig keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrig bleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde. Zur Lage in Irland, wo die feigsten und verächtlichsten Morde begangen würden, sagte Lloyd George: Kann unter diesen Umständen die englische Truppe aus Irland zurückberufen werden? Solange die Regierung für die öffentliche Ordnung und Sicherheit in Irland verantwortlich ist, muß sie ihre Pflicht tun.

Verbot des Handels mit Edelmetallen.

Der Reichswirtschaftsminister hat unter dem 7. Februar eine Verordnung über den Handel mit Gold, Silber und Platin erlassen, die für den Handel mit Reichsilbermünzen ein Monopol für die Reichsbank zuteilt, die außerdem den Hausierhandel mit Edelmetallen und daraus hergestellten Münzen und Waren verbietet und in bezug auf Zeitungsanzeigen und sonstige Veröffentlichungen einschneidende Vorschriften enthält. Im Zusammenhang hiermit hat die Reichsbank den Ankaufspreis für Reichsilbermünzen auf das drittel ihres Nennwertes erhöht, daß die Reichsbankkaufpreise und alle Reichsbanken und Postanstalten nunmehr bezahlen:

für 1 Mark 8 Mark, 2 Mark 16 Mark, 3 Mark 24 Mark, 5 Mark 40 Mark, 1/2 Mark oder 5 Pfennig 4 Mark. Für einen Taler werden auf Grund seines höheren Silbergehaltes 26,50 Mark bezahlt, bei abgenutzten Münzen wird ein entsprechender Abzug gemacht.

Die Arbeitsdisziplin in Sowjet-Rußland.

Unter der Überschrift: „Wie Lenin für Arbeitsdisziplin sorgt“ kommt der „Vorwärts“ darauf zu sprechen, daß, nachdem in Sowjetrußland der achtstündige Arbeitstag abgesetzt und die Arbeiter räte aufgestellt worden sind, Lenin und Trotski noch einen Schritt weitergehen, um die Sicherung der Arbeitsdisziplin unter allen Umständen durchzuführen. Es wäre interessant, meint der „Vorwärts“, zu erfahren, was die deutschen Freunde der russischen Bolschewisten, die Unabhängigen, zu

den betreffenden Maßnahmen Lenins sagen würden, wenn die deutsche Regierung sie einführt.

Sächsische politische Mitteilungen. Zur Frage der Abtretung der sächsischen Eisenbahnen an das Reich

wird uns von amtlicher Stelle in Ergänzung unserer bisherigen Mitteilungen über die Beratungen zwischen Regierung und Volkskammer folgendes mitgeteilt: Es wurde eine Einigung über die Grundlagen für die weiteren Verhandlungen mit dem Reich erzielt. Die sächsischen Interessen sollen mit Nachdruck vertreten werden, nicht nur in der Frage der zu gewährenden Entschädigung, der Art und Sicherung der Zahlung, sondern auch in Bezug auf die künftige Stellung des Eisenbahnpersonals, dessen wohlerworbene Rechte gewahrt werden müssen. Sachsen verlangt, daß von einer zu weitgehenden Zentralisierung der künftigen Reichseisenbahnverwaltung abgesehen werde; durch starke Dezentralisierung soll die Ausführung der gesamten laufenden Verwaltung den im Lande einzurichtenden Behörden übertragen werden. Gegenüber den Bestrebungen Bayerns, die offenbar auf besonders starke Erweiterung der Zuständigkeit der dortigen Eisenbahnbehörden gerichtet sind, wurde als übereinstimmende Meinung festgestellt, daß eine Bevorzugung Bayerns nicht erfolgen dürfe und alle etwa für Bayern erwirkten Sonderrechte auch für Sachsen beansprucht werden müssen. Auch soll ausbedungen werden, daß der Neubau von Eisenbahnlinien und der sonstige Ausbau der sächsischen Eisenbahn in entgegenkommender Weise durchgeführt wird. Die im Bau befindlichen Linien und Anlagen sind selbstverständlich vom Reich zu Ende zu führen. Es wird dafür geratet werden, daß bei Vergebung von Lieferungen sächsische Interessen mindestens in gleichem Umfang wie bisher berücksichtigt werden. Der sächsische Eisenbahnrat hat Gelegenheit gehabt, die ihm anvertrauten Interessen von Handel, Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft zur Geltung zu bringen.

Ein sonderbares Dementi.

Die Korrespondenz des Dresdner Bürgerrates brachte vor einigen Tagen die Meldung, daß von einem Mitgliede einer Abordnung der Dresdner Gastwirte an den Wirtschaftsminister Schwarz die Frage gestellt worden sei: „Sie haben vor kurzem ein Ministererlassen abgelehnt, bei welchem reichlich zwei Zentner Fleisch dem betreffenden Gastwirt zugewiesen wurden. Ist dieses Fleisch nun auf Schleichwegen erworben worden, so würde es also auch unter den Schleichhandelsparagrafen fallen, oder ist es Ihnen vom Lebensmittelamt zugewiesen worden, dann ist es erst recht dem Koningent der Dresdner Bevölkerung entzogen worden.“ Die Korrespondenz teilte dazu mit, daß der Minister auf diese Frage geschwiegen habe.

Das Wirtschaftsministerium läßt nun eine „Berichtigung“ verbreiten, in der es u. a. heißt: „Die Mitteilung - gemeint ist die Mitteilung der Dresdner Bürgerratskorrespondenz - enthält wesentliche tatsächliche Unrichtigkeiten. Bei der einzigen Besprechung, die der Wirtschaftsminister mit den Gastwirten veranstaltet hat und die am 17. Dezember 1919 im Ständehaus stattfand, ist

Rückgabe von Brotmarken.

Nach der Bekanntmachung des Bezirksverbandes vom 5. d. M. dürfen die schon ausgegebenen Brotmarken G I und H I (gültig für die Woche vom 16.-22. und 23.-29. 2.) über je 1 Pfund Brot der Gruppe II (Kinder im 5. und 6. Jahre) und Gruppe III (Personen über 6 Jahre) nicht beileiert werden.

Diese Marken sind in folgender Reihenfolge an das städtische Lebensmittelamt zurückzugeben. Die Rückgabe der Brotmarken wird auf der Brotmarkenbezugskarte vermerkt. Die Brotmarkenbezugskarte ist deshalb mitzubringen.

Dienstag, den 17. Februar: 8-9: 1-170, 9-10: 251-400, 10-11: 401-550, 11-12: 551-700, 12-1: 701-850, 3-4: 851-1000, 4-5: 1001-1150, 5-6: 1151-1310.
Mittwoch, den 18. Februar: 8-9: 1401-1550, 9-10: 1551-1700, 10-11: 1701-1850, 11-12: 1851-2025, 12-1: 2026-2200, 3-4: 2201-2435, 4-5: 2436-2701, 5-6: 2702-3000.

Donnerstag, den 19. Februar: 8-9: 3001-3150, 9-10: 3151-3300, 10-11: 3301-3450, 11-12: 3451-3659, 12-1: 4001-4200, 3-4: 4201-4350, 4-5: 4351-4500, 5-6: 4501-4650.

Freitag, den 20. Februar: 8-9: 4651-4800, 9-10: 4801-4950, 10-11: 4951-5100, 11-12: 5101-5250, 12-1: 5251-5400, 3-4: 5401-5550, 4-5: 5551-5700, 5-6: 5701-5850.

Denjenigen Brotarteninhabern, die die Marken nicht innerhalb der gestellten Frist zurückgeben, muß bei dem ab 1. März 1920 gültigen Brotmarken die entsprechende Brotmenge gekürzt werden. Diese Maßnahme würde umso schädlicher sein, als von diesem Zeitpunkt an und für sich weniger Brot zugeteilt wird. Es liegt sonach im eigenen Interesse, dieser Aufforderung ohne weiteres nachzukommen.

Sohsenstein-Ernstthal, am 11. Februar 1920. Das Städt. Lebensmittelamt.

Warenverkauf.

Freitag, den 13. Februar d. J. auf Lebensmittelkarte Nr. 7 1/2 Pfd. Osterkuchen für 88 Pfg., auf Nr. 8 1/2 Pfd. Bohnen für 80 Pfg., auf Nr. 9 50 g Runkelrüben für 73 Pfg. und auf Nr. 11 1/2 Pfd. Marmelade für 65 Pfg.

Kinder unter 4 Jahren erhalten außerdem auf Abschnitt 13 der Karte 2 Pakete Zwieback für 1,30 Mk.

Landwirte und Selbstverarbeiter erhalten gegen Bezugskarte **Montag, den 16. Februar d. J.** 50 g Margarine für 83 Pfg. und 50 g Runkelrüben für 73 Pfg. und zwar Ostl. Nr. 4-78, 546-609 und 641-654 im Konsumverein Haushalt, Ostl. Nr. 82-216, 484-542 und 621 bis 622B bei Heinrich Höpfer und Ostl. Nr. 225-479 im Konsumverein I. Die Bezugsarten sind im Rathaus - Zimmer Nr. 2 - zu entnehmen.

Zuckerrübenfett wird ebenfalls in allen Verkaufsstellen erst **Montag, den 16. Februar dieses Jahres** ausgegeben, um langes Warten zu vermeiden.
Oberlungwitz, am 12. Februar 1920. Der Gemeindevorstand.

Bekanntmachung.

In der hiesigen Schwabapothek steht eine größere Menge Zwieback zur Abgabe an Kinder und Kranke bereit. Das Pfund kostet 1,80 Mk. Die Abgabe erfolgt jedoch nur gegen Belegmarken und ärztliche Anweisung.
Oberlungwitz, am 12. Februar 1920. Der Gemeindevorstand.

eine Frage über das in der Notiz erwähnte Ministererlassen weder in der darin angeführten, den angelegten Wortlaut wiedergebenden Form an den Minister gerichtet worden, noch ist von diesem oder einem sonstigen Ministererlassen überhaupt die Rede gewesen.

Diese Berichtigung muß reichlich sonderbar bezeichnen. Die Öffentlichkeit interessiert weniger, ob ein Mitglied der Abordnung an den Wirtschaftsminister hat, als vielmehr, ob ein solches Ministererlassen, zu dem dem betr. Gastwirt reichlich zwei Zentner Fleisch zugewiesen wurden, überhaupt stattgefunden hat. Die Berichtigung des Wirtschaftsministeriums würde wirksamer gewesen sein, wenn es in ihr kurz und klar geheißen hätte, ein solches Ministererlassen habe nicht stattgefunden. Da diese Erklärung aber nicht abgegeben wird, für die Berichtigung jedoch eine so gewundene, an der Sache vorbeitreibende Form gewählt ist, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn man im Lande der Meinung bleibt, daß die Behauptung, für ein Essen der sächsischen Minister seien einem Gastwirt reichlich 2 Zentner Fleisch zugewiesen worden, auch weiterhin als nicht widerlegt angesehen wird. Es dürfte im Interesse des Wirtschaftsministeriums liegen, für eine Berichtigung eine bündigere Form zu wählen, d. h., wenn eine Berichtigung überhaupt erfolgen kann.

Um die kirchlichen Wochenfeiertage

Im Gesetzgebungsausschuß der Volkskammer haben am Dienstag die Unabhängigen einen Antrag eingebracht, die sächsische Regierung zu ersuchen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß für Erwerbstätige und Angestellte durch Reichsgesetz die Gewährung von Ferien in der Winterruhezeit von sechs aufeinanderfolgenden Wochentagen angeordnet werde.

Nach dieser reichsgesetzlichen Regelung soll sich die Volkskammer bereit erklären, die sächsischen Wochenfeiertage als Hohes Neujahr, Winterdunsttag und Reformationsfest, die allgemeinen Feiertage: Karfreitag, Himmelfahrt und Herbstdunsttag ihres Charakters als staatlich anerkannte Feiertage zu etablieren. Das sächsische Gesetz betr. die Sonn-, Fest- und Bußtagsfeier vom 10. September 1870 nebst Ausführungsverordnung vom gleichen Tage soll aufgehoben werden. Der Gesetzgebungsausschuß hat über diesen Antrag noch nicht abgestimmt. Zuerst soll in der nächsten Ausschußsitzung die Regierung grundsätzlich zu dem Art. 139 der Reichsverfassung Stellung nehmen, der besagt, daß die bestehenden Sonn- und Festtage bleiben.

18 Millionen Mark fürs Feuerwerkslaboratorium Hadeberg.

Wie unser Dresdner Mitarbeiter erfährt, sind die gesamten Anlagen des Feuerwerkslaboratoriums Hadeberg bei Dresden für 18 Millionen Mark an die Sachsenwerft-Licht- und Kraft-A.G. Niederselblich verkauft worden. Das Gelände hat einen Umfang von 140 000 Quadratmetern und hat 1 Million Mark gekostet. Die Gebäude, die zum Teil während des Krieges neu errichtet wurden, kosteten etwa 19 Millionen Mark. Ein besonderes Geschäft hat also das Reich mit diesem Verkauf nicht gemacht. Das Sachsenwerk hat die Verpflichtung

übernommen, die dort bisher beschäftigten Arbeiter zu übernehmen. Die ziemlich beträchtlichen Vorräte an Zinn, Messing und Kupfer sind zum Tagespreis verkauft worden.

Streikruhe in Sachsen. - Einigung mit den Eisenbahnern.

Zurzeit herrscht in Sachsen Streikruhe. Die erstrebte Einigung mit den Landarbeitern ist noch nicht vollständig erreicht, steht aber zu erwarten. Der Tarifentwurf für die Eisenbahnenarbeiter ist fertiggestellt. Man hat sich auf militärischer Linie geeinigt. Einzelheiten lassen sich noch nicht mitteilen, da die beiderseitigen Ausschüsse noch nicht Stellung genommen haben. Auch hier wird aber friedliche Einigung erwartet.

Die sächsische Regierung zur Reichssteuerreform.

Wie verlautet, wird auch noch in diesem Jahre mit der Einbringung einer Vorlage über die Erhebung einer Mietzinssteuer von Reichswegen zu rechnen sein. Die sächsische Regierung wird in Uebereinstimmung mit den übrigen einzelstaatlichen Regierungen sich bei dieser neuen Reichsteuer dafür einsetzen, daß der durch die Steuern aufgebracht Anteil in der Hauptfache dem Aufbringungsgebiet zugute kommen sollen. Die Steuer soll den Charakter einer Hausrenten-Zuwachssteuer erhalten und ihre Erträgnisse sollen zu einem erheblichen Teile zur Schaffung neuer Wohnungen verwendet werden.

Gefährdung unserer Ernährungs-Versorgung durch die Verkürzung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit.

Wie schon gemeldet, haben in letzter Zeit zwischen den Vertretern der landwirtschaftlichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen unter Leitung von Regierungsvertretern Tarifverhandlungen stattgefunden, die zu vorläufigen Abmachungen insofern geführt haben, als die Unternehmer einer Begrenzung der Arbeitszeit auf 8 bzw. 10 Stunden pro Tag zustimmen mußten. Was eine solche Verkürzung der täglichen Arbeitszeit der landwirtschaftlichen Arbeit für unsere Ernährungswirtschaft bedeuten muß, das zeigt das Ergebnis einer Umfrage, die im Wurzener Bezirk veranstaltet wurde. Dort hat sich ergeben, daß in rund 100 Wirtschaften des Bezirksvereins infolge der kurzen Arbeitszeit im Vorjahre - die aber immer noch über 8 bzw. 10 Stunden hinausging - etwa 30 000 Zentner Kartoffeln, 10 000 Zentner Wäbren, 30 000 Zentner Zuckerrüben, 140- bis 150 000 Zentner Futterrüben und 30 000 Zentner Kraut und ähnliche Feldfrüchte durch den Frost verdorben sind. Außerdem sind in diesen 100 Wirtschaften mehr als 100 Acker Feld, die mit Winterfrucht bestellt werden sollten, noch unbestellt geblieben, so daß ohne Erhöhung der Arbeitszeit die Frühjahrspflanzung nicht vollendet werden konnte. - So wie in dem Wurzener Bezirk, liegen die Verhältnisse überall.

Die Volksabstimmungsorganisation im Bezirk Glauchau.

Die große organisatorische Fähigkeit, die dem deutschen Volk nachgerühmt wird und auf die es stolz ist, muß eine hohe Probe bestehen.

Verurteilt wird Anfinn . . . !

Der Besitzer einer Kölner Riffenfabrik hatte keine Arbeit um ihre Ansicht über den Achtstundentag gefragt. Der Arbeiterausschuss trat einstimmig für die 9 1/2 stündige Arbeitszeit ein. Die Arbeiter erklärten ausdrücklich, die Arbeit ohne Ueberanstrengung leisten zu können. Arbeitslosen durch diese 9 1/2 stündige Arbeitszeit eine Verdienstmöglichkeit zu verschaffen, war deshalb ausgeschlossen, weil der Fabrikant sich vergeblich bemüht hatte, durch den Arbeitsnachweis der Stadt Köln Schreiner für seinen Betrieb zu bekommen. Nach Angabe der Stadt sind Schreiner aller Art auf dem Arbeitsmarkt seit längerer Zeit überhaupt nicht mehr zu haben. Trotz des Beschlusses des Arbeiterausschusses hatte der Arbeitgeber es den Arbeitern freigestellt, nur acht Stunden zu arbeiten. Der Fabrikant wurde wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung durch Beschäftigung seiner Arbeiter über die festgesetzte Arbeitszeit von acht Stunden hinaus angeklagt und trotz der obigen, von ihm unter Beweis gestellten und vom Gericht sämtlich als richtig anerkannten Tatsachen zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Urteil wurde sowohl vom Landgericht als auch von der letzten Instanz, dem Oberlandesgericht, bestätigt. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: „Die auf Grund des Erlasses der Volksbeauftragten über die Errichtung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisierung ergangene Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 ist rechtmäßig. Es ist ein allgemein anerkannter Grundsatz, daß bei gewaltsamen Umwälzungen der Staatsordnungen derjenige, der die tatsächliche Gewalt in Händen hat, als zu deren Ausübung für befugt angesehen wird. In der Novemberrevolution des Jahres 1918 lag die Gewalt in den Händen des Rats der Volksbeauftragten. Demzufolge war er auch zum Erlass rechtmäßiger Verordnungen und Gesetze befugt. Die vorliegende Verordnung ist auch ordnungsgemäß im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden. Sie ist ferner durch die Nationalversammlung nicht aufgehoben worden und besteht daher heute noch zu Recht fort.“

Dieses Urteil, das wir der „Rölnischen Zeitung“ entnehmen, spricht Bände. Es zeigt die ganze Unvernunft, die mit den „Volksbeauftragten“ der Revolution auf den Thron gehoben worden ist. Tagtäglich wird uns versichert, daß wir arbeiten müssen, arbeiten bis zur Grenze unserer Kräfte, wenn wir wieder gesunde Verhältnisse für Reich und Volk schaffen wollen. Hier sind nun Leute, die diesen Ruf nach verdoppelter Anstrengung aus Ueberzeugung und, das muß besonders betont werden, aus freiem Entschluß (der Arbeitgeber stelle den Arbeitern die Ausführung ihres eigenen Beschlusses immer noch frei!) befolgen wollen. Aber sie dürfen es nicht. Das „Gesetz“ verbietet es. Ja noch mehr: es bestraft den Arbeiter zwar nicht, aber den Arbeitgeber, der den vernünftig denkenden und handelnden Arbeiter unterstößt. Man saßt sich an den Kopf. Wo ist hier der gepriesene „gesunde Menschenverstand“, der die „Gelernten“ in Verwaltung und Gesetzgebung abgelehnt haben soll? Wo ist die gepriesene „Freiheit“, die am 9. November 1918 doch vom Himmel gefallen sein soll? Eine schöne Freiheit, die dem Einzelnen nicht einmal erlaubt zu arbeiten, wann er will und — wenn es das Wohl der Gesamtheit fordert. Es scheint, daß es nötig ist, die Verordnungen der Herren Volksbeauftragten einmal gründlich auf derartige Ungeheuerlichkeiten abzuleuchten.

Kirchliche Nachrichten

St. Christophorus
Donnerstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr Bibelstunde im Baisenhause.

St. Cäcilia
Donnerstag abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

Oberlungwitz
Donnerstag abends halb 9 Uhr Versammlung der landeskräftl. Ges. einhaft.

Jungenberg mit Meinsdorf
Donnerstag, den 12. Februar, abends halb 9 Uhr Frauenabend im Pfarrsaal.

Jungferndorf mit Falken
Donnerstag, den 12. Februar, die Bibelstunde fällt aus.

Zum „Hohenstein-Ernstthaler Tabl.“
haben Anzeigen den besten Erfolg.

Redaktionsrat:
für die Schriftleitung Dr. O. L. Frick,
für die Anzeigen Otto Koch,
Druck und Verlag F. Bahr Nachf. Dr. Alban Frick.

Turnverein Oberlungwitz
Sonnabend, den 14. Februar, abends punkt 1/8 Uhr
große öffentliche
Abend-Unterhaltung
im „Post“-Restaurant
bestehend in turnerischen, gesanglichen u. humoristischen
Darbietungen. Der Reinertrag fließt der Turnhallenkasse zu.
Eintritt 75 Pfg., einschl. Steuer.

Hierauf ein Tänzchen.
Der Cururat.

„Sächs. Krone“, Oberlungwitz.
Sonnabend und Sonntag, den 14. und 15. Februar
Bockbier.
Montag Kaffeeschmaus. Hieran Schweins-
inochen, Bratwurst mit Klößen.
Ergebenst laden ein Ernst Rabe u. Frau.

Otto Forbrig
— Dampfdestillation „Zum Lampertus“ —
empfiehlt
echten Jamaica-Rum.

Kaufen Sie halbigt, am besten sofort ein!
Alle Rohmaterialien steigen täglich gewaltig im Preise!
Ich bin in der Lage, Ihnen
Möbel
Speisezimmer, Wohnz., Schlafzimmer, Küchen, Herrenzimmer,
Schränke, Vertikows, Spiegel, Stühle, Tische, Sofas, Bett-
stellen, Matratzen, alle Arten Zier- und Kleinformel usw.
einige Zeit
noch billig
abzugeben. Sauberste Tischler- und Polsterarbeiten. . . .
Aparte schöne Formen.

Eigene **Möbel-Anschaffungs-klaus** Auf Wunsch
Werkstätten **Mag. Lademann** kostenlose
(früher Gustav Köhner, Tischlerstr.) Auslieferung
Gelsenk., Innere Stollbergerstr. 5, Straßenbahnhaltestelle.

Kaufe ständig ausgekämmtes
Srauenhaar
und zahle die allerhöchsten Preise
Parfümerie und Haarhaus Jeschwitz,
Dresdner Straße 11.

Pelle! Häute!
Brühl 3.

Wir machen unsere Kund-
schaft darauf aufmerksam,
daß wir bei weiter steigenden
Preisen alle Angebote
der Konkurrenz überbieten.

Ziegenfelle	Sid. bis 140.-
Raninfelle	kg. 52.-
Gansenfelle	Sid. 20.-
Rebelle	55.-
Rabfelle	150.-
Schaffelle	125.-
Minidshäute	kg. 25.-
Fuchsfelle	450.-
Wardfelle	1000.-
Zitiffe	185.-
Maulwurfsfelle	9.-
Hantfelle Sid.	4.-

Schafwolle, kg. b. 60,-
Sämtliche Arten Vogehaare
zu höchsten Preisen.
Händler und Schlächter
höheren Rabatt.

Zell-Gintaus-Zentrale
Chemnitz, Brühl 3.
2 Minuten vom Hauptbahnhof.
Unsere Geschäftsräume sind
den ganzen Tag geöffnet.
Kein zweites Geschäft am Platze.

3000 Mark
gegen gute Sicherheit zu leihen
gekauft. Ang. u. B. 4374 an
die Geschäftsst. d. Blattes erbeten.

!!! Sommersprossen !!! verschwinden!
Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit
Frau Elisabeth Frucht, Hannover 62, Schließfach 238.

Prismenglas
Zeiß oder Böttz zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis unter B.
4380 an die Geschäftsstelle des
Blattes erbeten.

Piano
sucht sofort geg. Kaffe zu kaufen.
Angeb. u. B. O. 280 postl.
Oberfrohna (Sa.)

Handschuhnahmaschine
(Diamant) zu kaufen gesucht
D. Weibold, Wülfenbrand,
Chemnitzstr. 41.

Treibmaschine
zu kaufen gesucht
Th. Riedel, Wein Kellerstr. 6.

Fohlen
2 1/2 Jahre alt, gute Bauart,
schwarz, preiswert zu verk.
Pomfel, Chemnitz,
Kasernenstr. 16.

Felle!
kaufe und zahle höchste Preise
Maulwurfsfelle Sid. bis 10.- Mt
Ziegen 145.-
Ranin kg. 55.-
Warder Sid. 1100.-
Zitiffe 200.-
Füchse 500.-
Kornfeld, Chemnitz
Wortstr. 23 Tel. 6704
Fahrgeld wird vergütet.

Kaufe Altmetalle:
Kupfer Mt. 15.- das kilo
Nisgub 14.-
Nisgub 10.-
Zint, Zinn u. Blei zu höchst.
Tagespreisen. Für per Post ein-
gegebene Sendungen wird Geld
umgehend zugesandt.
Max Schubert jun.
Chemnitz, Wülfenstraße 3.
3 Minuten vom Hauptbahnhof.
Geöffnet bis abends 1/7 Uhr.

KAMMER-LICHT-SPIELE
Die große Weltattraktion ist eingetroffen.
Freitag und Sonnabend.
Der Kunstfilm, von dem das große Publikum spricht
mit der liebreizenden Filmkönigin Lilla Gläser.

Halbe Unschuld
Staumenswerter
5
— Akter —
Spieldauer ca. 2 Stunden

Herzliches Liebesdrama mit herzerfreuendem Ballett, nach
dem weltbekannten Roman „Halbjungfern“ von Marcel
Prevoft. Das Erscheinen dieses gigantischen Kolossalfilms
erregte überall berechtigtes Aufsehen und dort, wo dieses
seelenergreifende Drama gezeigt wurde, fanden trotz erhöhter
Preise tausende von Besuchern keinen Einlaß.
Motto: Nicht allein Körperlich, sondern auch seelisch
muß eine Jungfrau in die Ehe treten.

Evas Hemd. Entzückendes Lustspiel mit
Lotte Neumann 3 Akte.
Eventuell Einlagen. * * Erhöhter Eintritt.
Für zeitiges Kommen sichert guten Platz.

„Cowboys vom Apachenfort“, Indianerfilm:
„Morphium“.

Achtung! Metallarbeiter!
Sonnabend, den 14. Februar, abends 1/8 Uhr, findet in
Georgis Gasthof in Wülfenbrand
Generalversammlung statt.
Tagesordnung sehr wichtig.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 7. Februar entschlief nach längerem Leiden unser allverehrter Chef senior
Herr Fabrikbesitzer Emil Heidel.
Wir betrauern aufrichtig in dem Verstorbenen einen gerechten und allezeit wohlgestimmten
Borgesetzten, dessen Andenken wir auch über das Grab hinaus in Ehren halten werden.
In Dankbarkeit rufen wir ihm als letzten Gruß ein „Ruhe sanft“ in die Ewigkeit nach.
Hohenstein-Ernstthal, den 12. Februar 1920.
**Die Angestellten und Arbeiter
der Firma Emil Heidel.**

Schneidergehilfen
in oder außer dem Hause sucht
Gustav Jarek,
Marktstraße 1

Einige
Friseurlehrlinge
sucht
Friseur-Jungung Hohenstein-Gr.
Zu melden beim
Obermeister Rudolf Krappatsch,
Schubertstraße.

Aufwartefrau
für die Vormittagsstunden wird
gesucht. Zu erfahren in der Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

2 Stämme
Vege-Hühner
verkauft
Mar Wolf,
Gersdorf 55 c.

Tätige Möbeltischler
sucht sofort **Fritz Seifert,**
Bau- u. Möbeltischlerei,
Kraftbeirib,
Neumarkt 4.

Geübte Weberin
(mechanisch) sofort gesucht.
Brette Straße 29.
Geübte

Standardarbeiterinnen
gesucht
Joh. Alb. Winkler.

**Lernende für
Damenschneiderei**
kann eintreten bei
Joh. Neumeister,
Gersdorf Bez. Chb.

Die
Präsi
nach
Deut
3. Fe
öffent
D
jowoh
ohne
nicht
E
he i t
inner
Verst
und
Förme
halt
war
Männ
Jatien
nicht
Die u
winif
abur
oder
gering
De
Miller
wortu
— die
lassen
Bestim
Auslie
wünsch
natlich
ten d
oder a
unere
kongig
Reichs
Zu
muß n
änder
In
die
besirw
gebende
der den
Deutlich
Lord
Nicht, D
von i
Auslie
Energie
gegang
Bahlp
Beitrag
In
der An
wohl g
seinem
rungsfr
tretern
Blond
gehen
doch t
so mü
annehm
Denn d
langen
verleht
nicht be
nen. S
wohl z
Kuldig
vielleicht
gezogen
Aus
herangez
bleiben
unserem
wird.
Der
Graf B
leben, d
Uferung
nach er
Oberste
Stallene